

Heinz Oskar Vetter

Der kirchliche Beitrag zur Gesellschaftspolitik aus gewerkschaftlicher Sicht

Rede auf der Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum „Gemeinsame Aufgaben, von Kirche und Wirtschaft“

Ein Wort der Gewerkschaften an die Kirchen, das in Anwesenheit von Arbeitgebervertretern abgegeben wird, sollte — um Positionen zu klären — mit einer Vorbemerkung zur Wirtschaft beginnen. Für den Arbeitnehmer, insbesondere aber für das Gewerkschaftsmitglied, gibt es keine Zweifel, daß die produktivitäts- und wachstumsorientierte Wirtschaft eine der unerläßlichen Grundlagen unserer gesellschaftlichen Existenz ist. Unbestritten ist auch die Tatsache, daß Unternehmer als motorische Kraft und Vertragspartei der Wirtschaft unersetzbar sind. Allerdings reicht die reine Unternehmertätigkeit für diese Einschätzung nicht mehr aus. Der Unternehmer wird als sozialverpflichtete Persönlichkeit gefordert.

Vor diesem Hintergrund gilt es, die für uns wesentlichere Frage zu beantworten, inwieweit die Wirtschaft als eines der Instrumente politischen Handelns ihrem eigentlichen Zweck gerecht wird, menschliches Leben nicht bloß zu ermöglichen, sondern es frei von Not und Furcht durch Gerechtigkeit würdevoll zu gestalten. Dabei ist dies zunächst noch nicht die Frage nach der Wirtschaftsordnung an sich, sondern vielmehr ein Begreifen des Tatbestandes, daß so auseinanderklaffende Lebensräume wie die der Gesellschaft und Wirtschaft in der BRD dem Arbeitnehmer in steigendem Maße bewußt werden. Diese als Angriff auf seine Persönlichkeit und einheitliche Existenz empfundene Lage wird bald den politisch relevanten Grad der Unerträglichkeit erreichen.

Nun wird über Gesellschaftspolitik heute allenthalben viel geredet — allerdings wird wenig getan. Was ist eigentlich Gesellschaftspolitik? Gesellschaftspolitik fängt nach gewerkschaftlichen Vorstellungen dort an, wo Sozialpolitik im herkömmlichen Sinne aufhört. Sie versteht sich nämlich nicht als bloßer Rettungsdienst für die Fußkranken der herrschenden Wirtschaftsordnung und will keineswegs nur Sanitäter hinter der Front des Kapitalismus sein. Zwar ist es für den Arbeitsalltag äußerst wichtig, daß die Arbeitnehmer vor den herkömmlichen Risiken geschützt und die Unzulänglichkeiten der Marktwirtschaft hier und dort nachträglich korrigiert werden. Deshalb erfüllen wir — die Gewerkschaften — vielfältige Schutzfunktionen. Doch mit einer solchen strukturerhaltenden Sozialpolitik ist es nicht getan. Denn auf diese Weise bleibt die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit den darin enthaltenen Mechanismen weitgehend unangetastet. Diese Mechanismen führen aber immer neu — im Sinne sogenannter „Sachzwänge“ — zu den jeweiligen Mißständen wie z. B. ungerechte Vermögensverteilung und ungleiche Bildungschancen, die es dann wiederum auszugleichen gilt, und so weiter und so fort. Ein unendlich scheinender Zirkel, aus dem es — wie viele meinen — kein Entrinnen gibt. Aus diesem Zirkel gibt es aber nur solange kein Entrinnen, wie man die in diesen „Sachzwängen“ versteckten Vorentscheidungen akzeptiert — und damit nie zu den wirklichen Ursachen vordringt.

Will man dagegen an die Wurzel der Übel, so ist die Umformung der Sozialstruktur selbst, d. h. eine bewußte und ganzheitlich vorgehende Strukturgestaltung, notwendig. Eine so verstandene Gesellschaftspolitik löst den „Schutz gegen Mängel“ bei Aufrechterhaltung ihrer Ursachen — ein Kernstück der hergebrachten Sozialpolitik — durch die „Beseitigung der Mängel“ mittels vorbeugender Bekämpfung und Ausschaltung der Ursachen ab. Da diese Ursachen Bestandteil des herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems sind, ist moderne Gesellschaftspolitik deshalb zugleich Gesellschaftsreform. Ein Streit über die Begriffe „Reform“ oder „Revolution“ ist für die Gewerkschaften müßig, weil eine quantitativ ausreichende „Reform“ qualitativ bereits „Revolution“ be-

deuten kann. Revolution als gewaltsamer Umsturz jedoch findet unter den vorhandenen und für die Zukunft erkennbaren Umständen den uneingeschränkten Widerstand der Gewerkschaften. Anknüpfend am Bestehenden führt Reform zugleich über die bestehenden Verhältnisse um der möglichen Verhältnisse willen hinaus. Moderne Gesellschaftspolitik ist somit Strategie zur Gestaltung der jeweiligen Gesellschaftsstruktur nach einem bestimmten Leitbild. Wir begrüßen es und erwarten es auch, daß sich die Kirchen in zunehmendem Maße zu einer solchen transformierenden Gesellschaftspolitik bekennen.

Das geschieht insoweit, als sie in ihrem Eintreten für eine bessere Humanität in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft die Notwendigkeit verantwortlicher Strukturveränderung einsehen. Denn christliche Ethik als Ethik der Nächstenliebe kann sich nicht in reinem Personalismus erschöpfen. Das konkrete Verhältnis zum anderen Menschen wird ja nicht nur bestimmt durch das unmittelbare Verhältnis zu ihm. Es wird vielmehr auch mittelbar durch die Struktur der vielfachen Ordnungen, in denen wir miteinander leben, geprägt.

Angesichts der zunehmenden, institutionalisierten Vermittlung des Zusammenlebens ist deshalb auch das notwendig und unerläßlich, was in kirchlichen Kreisen unter der Bezeichnung „Liebe durch die Strukturen“ diskutiert wird. Denn: sind die Strukturen unmenschlich, so wird davon auch das persönliche Verhältnis zum Mitmenschen betroffen — mag der einzelne sich auch alle Mühe geben, es menschlich zu gestalten.

Wie sieht diese „Liebe durch die Strukturen“, wie sieht der kirchliche Beitrag zur menschlichen Gestaltung der jeweiligen Gesellschaftsstruktur aus unserer gewerkschaftlichen Sicht konkret aus? Ausgangspunkt des dabei zugrunde liegenden Leitbildes ist die kirchliche Verpflichtung, für alle Menschen gleichermaßen da zu sein — ganz gleich, ob diese Unternehmer, Gewerkschafter, SPD- oder CDU-Mitglieder sind.

Daß die Kirchen gegen diesen — ihren ureigensten — Grundsatz in der Vergangenheit oftmals verstoßen haben, soll nicht unerwähnt bleiben. Sie haben eine historische Last auf sich geladen, als sie sich mit dem Obrigkeitsstaat, der hierarchisch-ständisch gegliederten Gesellschaftsordnung, den Besitzenden und Herrschenden identifizierten und verbanden. Es wäre igar nicht vorstellbar, wenn die Kirche von heute sich der Gesellschaft und Wirtschaft des 19. Jahrhunderts gestellt hätte.

Es ist schon eine Weile her, als ich im Rahmen eines Rückblicks über 100 Jahre Preußen ein Gemälde von Adolph von Menzel zu Gesicht bekam, auf dem die Krönung des Königs von Preußen und späteren deutschen Kaisers Wilhelms I. 1866 im Dom zu Königsberg dargestellt war. Ein hochaufgereckter Herrscher in schimmernder Wehr und vor ihm die kniende Geistlichkeit demonstrieren Thron und Altar. Im gleichen Jahr, 1866, fand in Genf eine internationale Konferenz der Sozialisten statt, auf der der wackere *Johann Philipp Becker* seine Eröffnungsansprache an die Delegierten mit folgenden Worten begann:

„Brüder, Arbeiter! Vor allein, herzlich willkommen, ihr alle, Repräsentanten der Arbeiterklasse! Wir hätten Euch gerne in einer Kirche empfangen; aber die Kirchen dieser Stadt sind den Sendboten verschlossen, welche die echt evangelische Wahrheit der Emancipation des Arbeiters predigen wollen. Trösten wir uns mit dem Gedanken, daß jeder Ort ein heiliger ist, wo des Menschen Söhne zusammenkommen, um die Interessen der Menschheit zu besprechen.“

Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, jene Auseinandersetzung zwischen *Goethe* und dem späteren preußischen Hofprediger *Friedrich Wilhelm Krummacher* — damals noch junger Pfarrer in Wuppertal, dem Zentrum der aufblühenden rheinisch-westfälischen Textilindustrie — über sein Predigtbuch „Blicke ins Reich der Gnade“ ins Gedächtnis zu rufen. Goethe bezeichnete die Ausführungen Krummachers als „narkotische“ Predigten und warf ihm vor, er habe darauf verzichtet, die elende soziale und kulturelle Lage seiner Industriegemeinde mit ihren schweren Problemen

ins rechte Licht zu rücken, um auf ihre Besserung bedacht zu sein. Krummacher würde — so Goethe — mit seinen Predigten seine Gemeinde in Schlaf lullen, indem er sie mit dem Ausblick auf das Jenseits zu dumpfer Fügung in die miserablen Verhältnisse des Diesseits nötige.

Dieses „Gott ist tot“ muß sicher auch unter dem Einfluß der Religionsphilosophie *Hegels* gesehen werden, aber es ist dann *Karl Marx*, der am Beispiel des Verhältnisses zwischen Arbeiterklasse und Konfessionen (Religion) exemplifiziert, daß die Religion nichts anderes sei, als der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, der Geist der geistlosen Zustände — mit einem Wort „Opium des Volkes“!

Wer deshalb das wirkliche Glück des Volkes will, muß ihm die Illusionen jenes Glücks unbarmherzig zerstören, die es sich durch den Gebrauch des Narkotikums „Religion“ selbst geschaffen hat. Die Grundlagen des Glaubens, die Glaubwürdigkeit der Botschaft und die Verpflichtung, für alle gleicherweise da zu sein, bestimmten und bestimmen die kirchliche Existenz, Rolle und Effizienz in dieser Welt. Denn es gab und gibt keine irdische Ordnung, die als von Gott gegeben anzusehen war und ist — geschweige denn eine, die einseitig bestimmte Gesellschaftsschichten privilegiert. Das Wort Gottes zielt auf keine spezifisch christlichen Strukturen, die es in einer Art Gottesstaat auf dieser Welt einzurichten gälte.

Die jeweils vorliegende Gesellschaft ist vielmehr ein geschichtlich Gegebenes und als solches etwas uns allen zur Gestaltung Aufgegebenes. Zu dieser Aufgabe allerdings sagt das Wort Gottes etwas. Es erteilt uns Christen den Auftrag, jederzeit und entschieden für eine bessere Mitmenschlichkeit in allen Bezügen des gesellschaftlichen Lebens einzutreten. Das kann nicht durch lammfrommes Sanktionieren des Bestehenden, sondern nur durch entschlossene Kritik vom Glauben her geschehen.

Dieser Glaube verpflichtet dazu, die Menschenwürde und die Selbstbestimmung des einzelnen überall zur Geltung zu bringen, kurz: eine menschenwürdigere Gesellschaft herbeizuführen. Mit dieser grundlegenden Zielsetzung einer verantwortungsvollen christlichen Sozialethik muß im praktischen Vorgehen der Kirchen die unerbittliche Gegnerschaft jeder strukturellen Verfassung unserer Ordnung verbunden sein, die offen oder verschleiert nicht-legitimierte Herrschaft von Menschen über Menschen einbezieht. Es geht demnach in erster Linie um die Umwandlung der Objektstellung in eine Subjektstellung, die jedem die Chance gibt, seine eigene Persönlichkeit zu entfalten.

Nun hat die Herrschaft von Menschen über Menschen in der modernen industriellen Welt strukturell etwas zu tun mit den jeweils gegebenen Macht- und Eigentumsverhältnissen. Andererseits ist Macht- und Eigentumslosigkeit uns schlechterdings nicht recht vorstellbar. Deshalb muß der verantwortungsvolle Gebrauch davon entscheidendes Kriterium sein. Im staatlichen Bereich ist mit der parlamentarischen Demokratie ein Prinzip zur Anwendung gekommen, das von der Teilung der Macht ausgeht. Damit ist hier — wenn auch noch mit Mängeln behaftet — die Voraussetzung zur Teilnahme aller an der Verfügungsgewalt geschaffen worden. Das ermöglicht die Kontrolle des Machtgebrauchs und ist somit die strukturelle Basis für eine mitmenschliche Politik im Staate.

Wenn ich von Mängeln spreche, dann ist der Übergang von der Teilnahme zur Teilhabe in der demokratischen Praxis zu definieren. Wir stehen vor der unbewältigten Aufgabe, die Teilhabe des einzelnen mit der Repräsentation der Gewählten in einer demokratischen Wirtschaft und Gesellschaft zu synchronisieren.

Wir können nicht den engagierten Bürger wollen und ihn gleichzeitig durch ein absolutes politisches Repräsentativsystem von der eigentlichen Teilhabe am Geschehen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ausschließen. Das Aufbegehren gegen praktisch jede Form des „Establishment“ scheint nur eine natürliche Folge der unerträglichen Diskre-

panz zwischen einer fast vollkommenen Repräsentation von wenigen gegenüber einer völlig unbefriedigenden Teilhabe der Masse unserer Bürger. Die Gewerkschaften empfinden diese gesellschaftliche Lage gerade in ihrer eigenen Organisation seit längerem recht schmerzlich. Schmerzlich, weil diesem berechtigten Begehren der vielen — ein gewolltes Ergebnis der eigenen Bildungsarbeit und -politik — nicht gleichzeitig auch Methodik und Instrumentarium der tätigen Teilhabe zugewachsen ist. Wenn die Kirche das erwähnte Leitbild ihres Handelns ernst nimmt — und niemand zweifelt an dieser Absicht —, so besteht ihre Aufgabe auch in Zukunft darin, für den weiteren Ausbau und die Verteidigung der Demokratie in unserem Lande einzutreten.

Die dem einzelnen staatspolitisch bereits gewährte Chance, sich als Persönlichkeit zu entfalten, fehlt dem Arbeitnehmer im wirtschaftlichen Bereich nahezu völlig. Noch immer herrscht so die gesellschaftliche Schizophrenie: einerseits freier Bürger, andererseits Untertan — Empfänger und ausführendes Organ von Weisungen, Anordnungen, Befehlen — zu sein. Deshalb muß es hier der Kirche von ihrem Selbstverständnis her darum gehen, mit allem Nachdruck die Subjektstellung für den Arbeitnehmer zu fordern.

Daß nämlich zur Machtausübung in Unternehmen und Betrieb — wie bisher — nur diejenigen berechtigt sein sollen, die juristisch oder faktisch Eigentümer der Produktionsmittel sind, kann doch wohl nicht mit christlichen Prinzipien vereinbart sein. Die Kirchen haben diese Unvereinbarkeit von personaler Abhängigkeit in der Realität einerseits und Selbstbestimmung des Menschen als sozialethischen Auftrag andererseits erkannt. Das beweisen entsprechende Äußerungen und Stellungnahmen wie zum Beispiel die Papstrede vor dem Internationalen Arbeitsamt und die evangelische Denkschrift zur *Mitbestimmung*. Von diesen erwarten wir zwar nicht, daß sie haargenau unsere Forderung nach einem zusammenhängenden System von Beteiligungsrechten mit allen dazugehörigen Details wiedergeben. Ob etwa die qualifizierte Mitbestimmung auf alle Unternehmen mit 1000 oder 2000 Beschäftigten ausgedehnt werden soll, kann hier nicht ausschlaggebend sein. Auch unsere Meinungen und Vorschläge liegen nicht ein für allemal starr und einbetoniert fest. Über so manchen Punkt kann deshalb durchaus diskutiert werden.

Was wir aber erwarten, ist folgendes: Wer wirkliche Mitbestimmung meint, kann nicht nur bloße Mitsprache fordern. Wir verlangen daher von den Kirchen, daß sie nicht länger einem einseitig ballastführenden Kompromißdenken verhaftet bleiben. Denn dieses muß dazu führen, daß Modelle entwickelt werden, die hinsichtlich der Mitentscheidung der Arbeitnehmer wirkungslos bleiben. Demzufolge fordern wir von den Kirchen, endlich die politische Mittellinie zu verlassen, Aussagen von grundsätzlicher Bedeutung zu machen oder klare und eindeutige Konzeptionen zu entwickeln. Nur so können sie glaubwürdig sein und bleiben!

Um die Aus- und Umgestaltung unserer Gesellschaftsordnung in Richtung auf mehr Humanität, auf mehr Gerechtigkeit und Freiheit geht es auch im Rahmen eines weiteren Problems der Gesellschaftspolitik: der *Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand*. Daß wir in der Bundesrepublik Deutschland von einer solchen Gesellschaftsordnung — und damit auch von dem kirchlichen Leitbild — noch weit entfernt sind, hat unlängst erst wieder der Bonner Nationalökonom Professor *Krelle* festgestellt. Der Kernsatz seines Gutachtens macht auf die skandalöse Ungerechtigkeit der Vermögensverteilung in unserem Land aufmerksam und besagt: Nur 1,7% der Gesamtbevölkerung besitzt 70% des Produktivvermögens. Mit anderen Worten: Das von den Arbeitnehmern miterarbeitete Vermögen fließt nach wie vor fast ausschließlich Kapitalbesitzern zu. Man kann diesen traurigen Tatbestand drehen und wenden wie man will. Naturgegeben bzw. gottgewollt ist er auf keinen Fall! Daß er dagegen jedem Prinzip von Gerechtigkeit und Gleichheit hohnspricht, ist offensichtlich und bedarf heute keiner Begründung mehr.

Auch von Freiheit des Menschen kann nur dann gesprochen werden, wenn er in der Lage ist, weitgehend nach seinen eigenen Vorstellungen zu leben, zu leisten und zu wirtschaften. Dazu sind materielle Voraussetzungen unabdingbar. Sicherlich macht Geld allein nicht glücklich, aber ein gewisses Vermögen trägt wesentlich dazu bei, wirtschaftliche Gefährdungen bei Einkommensausfall zu vermindern. Die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand enthält damit über das rein Materielle hinaus eine Dimension zusätzlicher Freiheits- und Gestaltungsmöglichkeiten. Dazu sagte *Helmut Duvernell* vor gut zwei Jahren hier in Loccum:

„Die Würde der Person gebietet es, daß der einzelne die Dinge, die er für seine persönliche Entfaltung und Selbstverwirklichung benötigt, sein eigen nennt und selbstverantwortlich verwaltet und nutzen kann. Der Mensch ist auf Freiheit angelegt! Ihm ist deshalb das Recht zuzugestehen, durch Erwerb eigenen Vermögens sich einen Bereich persönlicher wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu verschaffen.“

Ähnlich lauten auch die Forderungen kirchlicherseits — um nur ein paar Beispiele zu nennen — in der Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands zu Eigentumsfragen in der Bundesrepublik, in der Gesellschaftspolitischen Grundsatzklärung der Katholischen Arbeiterbewegung, Abschnitt: Mittel und Wege zur Eigentumspolitik, und in der Denkschrift kirchlicher Arbeitskreise: Empfehlungen zur Eigentumspolitik. Damit wird erfreulicherweise auch von den Kirchen unterstrichen, wie wichtig und dringend es ist, die Ungerechtigkeit der bestehenden Vermögensverteilung endlich zu beseitigen. Doch möchten wir auch in diesem Zusammenhang mit aller Deutlichkeit betonen, daß die Erreichung dieses Zieles — ebenso wie das der Mitbestimmung — „halbe“ Lösungen ausschließt. Unter halben Lösungen verstehe ich solche, die den wahren Zustand nur verschleiern, ansonsten aber alles beim alten belassen.

Betrachten wir einen weiteren Schwerpunkt gesellschaftspolitischer Aktionsmöglichkeiten. Seit fast 10 Jahren geistert das Wort von der Bildungskatastrophe in der deutschen Kulturlandschaft umher. Eine Fülle von Plänen zur *Bildungsreform* hat das Licht der deutschen Öffentlichkeit erblickt und ist daraufhin wieder sanft entschlafen. Häufig genug ging und geht es dabei um eine größere Effizienz der deutschen Bildungsinstitutionen. Das kann aber nur eine Seite der erforderlichen Bildungsreformen sein. Im Sinne der hier aufgezeigten Aufgabenstellung der Gesellschaftspolitik, des hier gemeinten kirchlichen Leitbildes, ist eine andere Seite ungleich wichtiger! Ich meine die emanzipatorische Zielsetzung einer modernen Bildungspolitik, die negativ mit dem Wort „Bildungsmonopol“ zu bezeichnen ist. Die Verwirklichung dieses Zieles muß mit der Verwirklichung gleicher Startchancen beginnen. Deshalb darf Bildung nicht mehr allein einer privilegierten Schicht vorbehalten bleiben. Sie ist Angelegenheit des ganzen Volkes! Und zwar nicht erst ab der Hochschule, wo die Arbeiterkinder aus verschiedenen Ursachen noch immer unterrepräsentiert sind. Nein, das beginnt schon im Kindergarten. Schon hier — und das sage ich mit allem Nachdruck — muß verhindert werden, daß die für das Gemeinwohl des gesamten Volkes so nachteiligen gesellschaftlichen Barrieren und Vorurteile entstehen.

Bei der notwendigen Reform unserer Erziehungs- und Bildungseinrichtungen ist deshalb unbedingt zu beachten, daß es nicht allein um die Erfassung der noch nicht voll ausgeschöpften Begabungsreserven geht. Darüber hinaus muß künftige Erziehung auch eine Erziehung zum Frieden sein.

Allzu häufig wurden in der Vergangenheit Kriege dadurch erleichtert, daß die Erziehung in unseren und anderen Gesellschaften darauf ausgerichtet war, ein folgenschweres Freund-Feind-Schema zu prägen. Deshalb muß es die Aufgabe einer auch von der Kirche voll und ganz unterstützten Friedensforschung sein, die Ursachen zu erforschen, die zu Konflikten und Kriegen führen. Und zwar: um sie in Zukunft zu ver-

meiden. Das ist zugleich auch ein wesentlicher Bestandteil der Zukunftsforschung. Beide Forschungsbereiche — und das ist besonders zu beachten — dürfen nicht falsch programmiert werden. Die Gefahren der Manipulation sind hier besonders groß.

So können die Ergebnisse der Erforschung von Konflikten dazu benutzt werden, diese Konflikte zu verschleiern oder einseitig zugunsten der Mächtigen und Herrschenden zu entscheiden. Und die Resultate der Zukunftsforschung können dazu verfälscht werden, die Entwicklung der Verbraucherwünsche auf Kosten des einzelnen zu manipulieren. Oder aber um Techniken zu ersinnen, die die Aufrechterhaltung und die weitere Stabilisierung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse garantieren.

Das alles ist genausowenig mit dem Prinzip der Humanität vereinbar wie einseitig am Profitinteresse der Industrie orientierte Maßnahmen im Rahmen der *Strukturpolitik* und des *Umweltschutzes*. Und gerade die Kirchen wären von ihrem gesellschaftspolitischen Standort her in besonderem Maße prädestiniert, hier für eine neue, in erster Linie dem Gemeinwohl verpflichtete Prioritätensetzung einzutreten. Denn sie sind schon von ihrer Struktur her am wenigsten an Sonderinteressen gebunden. Deshalb dürfte es ihnen auch am leichtesten fallen, sich von dem allgemeinen Zwang eines „Wachstumsfetischismus“ zu lösen, dem alle anderen, vor allem die gesamtgesellschaftlichen Belange untergeordnet werden. Der Wohlstand eines Volkes ist nämlich nicht nur an einem ständig steigenden Sozialprodukt abzulesen, sondern auch daran, wie dieses verteilt und für welche Zwecke es verwendet wird.

Sieht man die Situation in unserem Lande aus diesem Gesichtswinkel, so läßt sich die bedauernswerte Tatsache nicht verleugnen, daß zwar auf dem privaten Sektor Wohlstandsmehrung, im öffentlichen Bereich, d. h. in bezug auf Krankenhäuser, Schulen usw., aber relative Armut herrscht. Eine Gesellschaft kann aber nur dann als menschlich bezeichnet werden, wenn in ihr nicht das Prinzip privater egoistischer Profit- und Machtgier, sondern der Grundsatz gesamtgesellschaftlicher Verantwortung vorherrscht.

Von diesem Prinzip der Humanität als Leitbild eines kirchlichen Beitrages zur Gesellschaftspolitik war ich bei meinen Ausführungen ausgegangen. Dieses Leitbild im Rahmen einer umfassenden Mitbestimmungs-, Vermögens-, Bildungs- und Friedenspolitik zu verwirklichen, muß — wie zu zeigen war — der konkrete Beitrag kirchlicherseits sein. Damit ist aber bislang nur beantwortet, daß die Kirche zu einem solchen Beitrag unserer Ansicht nach verpflichtet ist bzw. sich diesem verpflichtet fühlt. Wie aber — so lautet zum Schluß noch die Frage — sieht dieser Beitrag im praktischen Alltag kirchlicher Arbeit aus bzw. wie sollte er aussehen?

Zunächst einmal ist mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß die Kirche von ihrem Verkündigungs- und Sendungsauftrag her nicht nur das Recht hat, sich zu aktuellen gesellschaftspolitischen Problemen zu äußern. Sie hat vielmehr die Pflichten, sich vor allem immer dann zu äußern, wenn ungerechte Verteilungen von Macht, Gütern und Chancen die Entfaltung des Menschen hindern. Dabei darf die Kirche nicht davor zurückschrecken, gegen die herrschenden Machtverhältnisse Stellung zu beziehen, wenn die Herstellung der Menschenwürde dies verlangt. Denn: Wer zu gesellschaftlichen Mißständen schweigt, billigt sie! Ob er sich darüber im klaren ist oder nicht — faktisch ist dies der Fall. Eine solche Komplizenschaft des Schweigens würde dem Auftrag der Kirche widersprechen.

Angesichts der Nöte der Welt selbstzufrieden zu sein, bedeutet, der Häresie schuldig zu werden. Der Auftrag der Kirche lautet deshalb, den Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppen zu ermöglichen, zu entkrampfen, voranzutreiben und die eigenen Stellungnahmen einzubringen.

Die kirchlichen Beiträge zur Gesellschaftspolitik müssen dazu anregen, eingenommene Positionen neu zu durchdenken, das Gespräch in Gang zu halten, um auf diese Weise die Entwicklung der Gesellschaft zu mehr Humanität hin zu stimulieren. Die Notwendigkeit kirchlicher Beiträge schließt aber nicht ein, daß sie, die Kirche, zu den relevanten Fragen etwa exakte, politisch entscheidungsreife Modelle entwickelt. Dagegen ist es die Pflicht der Kirche, eine grundsätzliche, wenn auch im einzelnen zu begründende Haltung einzunehmen. Daß diese Haltung, die klare Stellungnahme zu gesellschaftlichen Mißständen, auch innerhalb der kirchlichen Institutionen selbst zum Ausdruck kommen muß, sollte selbstverständlich sein. Denn die Kirche darf sich nicht durch Festhalten an reformbedürftigen Strukturen in ihren eigenen Bemühungen unglaubwürdig machen.

Dieser Aufruf, diesbezüglich Vorbild zu sein, ergeht aber letztlich nicht nur an die Kirchen, sondern an uns alle, ihre Mitglieder. Deshalb sind wir alle angesprochen, an dem kirchlichen Beitrag zur Gesellschaftspolitik mitzuwirken. Wie wir, die Gewerkschaften, uns diesen Beitrag vorstellen, habe ich versucht, zu umreißen.